für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P.b.b. Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

»Entzweit die Politik jetzt auch unsere Nationalelf?«



fragte sich bekümmert die auch in Österreich verbreitete bundesrepublikanische „Quick". „Wie das?" fragt sich nun seinerseits nicht nur der Travnicek. Hat die „Quick" etwa einen Gitz auf den Villenbesitzer und Fußballstar Franz Beckenbauer, weil er zum Rechtsextremismus neigt? (Beckenbauer: „Ich halte Franz Josef Strauß für einen der besten und fähigsten Politiker...") Oder hat sich der SPD-freundliche Günter Netzer die Sympathien der Illustrierten verscherzt, weil er sich um umgerechnet zirka 400 000 Schilling einen todschicken Ferrari gekauft hat? Der Leser ahnt es bereits: Es ist weder der Beckenbauer noch der Netzer, welcher das deutsche Wunderteam zu spalten droht. Der Beckenbauer schon deshalb nicht, weil die „Quick" genau so wie er den Franz Josef verehrt. Und der Netzer auch nicht, obwohl SPD und „Quick" einander erst vor kurzem in skandalschwangere Umstände gebracht haben. Ein Bursche, der sein Geld hirn- und sinnlos hinausschmeißt, verkörpert ja schließlich nur jenes Konsumtrottel-Ideal, das auf den Annoncenseiten der Illustrierten propagiert wird.

Der Schuldige heißt Paul Breitner und ist linker Verteidiger im westdeutschen Nationalteam. Wobei es noch verzeihlich wäre, daß er auf dem Spielfeld links steht. Unverzeihlich ist hingegen, daß er auch politisch links steht und das offen zugibt. Noch dazu hängt bei ihm zu Hause ein Mao-Poster — Schreck, laß nach! Und um dem allem noch die Krone aufzusetzen, wollen Paul Breitner und seine Frau Hildegard ein vietnamesisches Kind adoptieren. „Ich nehme als hochbezahlter Leistungssportler soviel Geld, wie für diesen Beruf in unserem Lande aufgewendet wird, weil ich glaube, daß ich damit in einer Weise helfen kann, die mir am Herzen liegt", sagt der Fußballer dazu.

Eine Schlußfolgerung, warum Mao-Poster und Waisenkind Deutschlands Fußball bedrohen, zieht „Quick" letztlich zwar nicht, aber zwischen den Zeilen kann man lesen, daß der Beckenbauer, der Franz Josef Strauß und ähnliche starke Männer bevorzugt, ein klasser Bursch ist. Und der Netzer ist immerhin ein verantwortungsbewußter junger Mensch, der die freie westliche Autoindustrie in Schwung hält. Doch ein Mensch, der ein farbiges Menschenkind adoptiert, ja, ist denn das noch ein Mensch?

Die Antwort lesen Sie Woche für Woche in der „Quick". Zwischen den Zeilen. ●

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 65 · August 1972

Sind »die da oben« immer Schweine?

Sind »die da oben« immer Schweine?



Bei einer Aktion von Genossen unserer Organisation vor der VÖEST in Linz sagte uns ein Kollege:"Was ihr da schreibt und euch vorstellt,ist gut und schön.Die oben aber sind immer Schweine, das wird auch bei euch so sein." Solche Aussagen hören wir immer wieder. Da wird davon geredet, daß es immer "Obere" und "Untere" geben werde oder müsse, daß die einen eben "anschaffen", ohne Arbeit zu leisten, die anderen nichts zu reden und nur zu arbeiten hätten. Wir können den bitteren Unterton verstehen, der aus solchen Aussagen herauszuhören ist. Die arbeitenden Menschen Österreichs sind von tiefem Mißtrauen erfüllt, das der oftmalige Verrat sogenannter "Arbeiterführer" geschaffen hat.

Nach dem ersten Weltkrieg und unter dem Eindruck der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland waren die Arbeiter Österreichs bereit, die Herrschaft der Kapitalisten zu stürzen. Der Verrat der Führer der Sozialdemokratie hat das verhindert. Mit allerlei sozialen Reformen wurde der revolutionäre Drang der Massen eingeschläfert, während sich im Hintergrund die Macht des Kapitals wieder festigte. Das Aufbäumen der Arbeiterklasse gegen die steigende Macht der kapitalistischen Unterdrücker mit seinen revolutionären Marksteinen 1927 und 1934 war gleichfalls vom Verrat der "Führer" gekennzeichnet. Anstatt die Arbeiter in den Kampf zu führen, sicherten sie sich gute Absprungspositionen. Die Arbeiter wurden "Gewehr bei Fuß" dem Faschismus ausgeliefert.

Nach dem zweiten Weltkrieg war das Bild ähnlich.Wiederum konnte das Kapital seine Macht nur mit Hilfe der verräterischen SP- und Gewerkschaftsführer neu aufbauen. Dazu kommt aber noch die Entwicklung der SP-Führer von Arbeiteraristokraten zu bürokratischen Kapitalisten, die an ganz entscheidenden Hebeln des Machtapparats in Österreich sitzen.Sie führen heute die moderne kapitalistische Ausbeutungspolitik durch. Dabei stützen sie sich auf einen gigantischen Manipulationsapparat und sind demagogisch wie nie zuvor.

Zu den reformistischen Verrätern der SPÖ haben sich die revisionistischen "K"PÖ-Führer gesellt. Mit marktschreierischen Phrasen wollen sie den Arbeitern etwas einreden,was diese zutiefst und mit Recht ablehnen. Was als "sozialistische Gesellschaftsordnung" und "Macht der Arbeiterklasse" in Rußland und den von diesem beherrschten ehemaligen Volksdemokratien empfohlen wird, ist auch nur die Herrschaft bürokratischer Kapitalisten. Wen wundert es, daß die Arbeiter davon nichts wissen wollen.

Die Meinung großer Teile der arbeitenden Menschen, daß jeder Kampf nur neue Unterdrücker an die Macht bringt und sie deshalb von "Politik nichts mehr wissen" wollen, ist verständlich, wenn sie auch falsch ist.Ehrliche revolutionäre Kämpfer müssen das berücksichtigen und sich davor hüten, die Arbeiterschaft in Bausch und Bogen als "korrumpiert", "willenlos" oder "dumm" abzuurteilen. Vielmehr gilt es gerade den werktätigen Menschen wieder bewußt zu machen, daß sie erstens nur durch entschiedenen Klassenkampf ihre Lage verbessern können, und daß es zweitens notwendig ist,diesen Kampf auf die richtigen politischen Erkenntnisse zu stützen.Diese sind für die arbeitenden Menschen nur aus dem Marxismus-Leninismus, den Ideen Mao Tsetungs zu schöpfen.

Man kann dem entgegenhalten, daß es ja immer schon Bemühungen gegeben hat, die verräterischen "Führer" zu entlarven, die Arbeiter ihnen aber trotzdem gefolgt sind und - wie der erwähnte Ausspruch zeigt - nach wie vor zu resignieren scheinen. Das heißt aber, einerseits nicht nach Fehlern suchen zu wollen, die es im Kampf um die Herzen und Hirne der arbeitenden Menschen zweifellos gegeben hat und gibt, andererseits die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung zu negieren.Die Widersprüche zwischen kapitalistischen Unterdrückern und arbeitenden Menschen verschärfen sich immer mehr.Sie sind nur durch Kampf zu lösen.Wo Unterdrückung ist,kommt es unweigerlich zur Rebellion dagegen. Das zeigt sich auf der ganzen Welt,in der die Hauptströmung heute die Revolution ist.

Österreich bleibt davon nicht ausgeschlossen, viele Anzeichen beweisen das. Daran kann auch nichts ändern, daß die herrschende Klasse in Österreich es lange Zeit glänzend verstanden hat, das Volk mittels "Sozialpartnerschaft", "Mitbestimmung", "parlamentarischer Demokratie", "Europareife" usw. zu beherrschen. Die Tatsachen zwingen zum Kampf.

Und was die "Schweine oben" betrifft,haben wir eine glänzende Argumentation. Die Große Proletarische Kulturrevolution, die von Genossen Mao Tsetung persönlich initiiert wurde, zeigt, wie die tatsächliche Macht der Arbeiterklasse gesichert werden kann.Auch nur im ständigen Kampf zwischen der proletarisch-revolutionären und der bürgerlich-reaktionären Linie.Es gibt für die arbeitenden Menschen keinen Grund zur Resignation. Wenn wir den Mut haben zu kämpfen, werden wir auch siegen. Wenn sie sich den Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao Tsetungs aneignen und auf die gegebenen Verhältnisse anwenden,werden sich die arbeitenden Menschen die Macht erkämpfen.

In unseren Zeitungen bringen wir fallweise Artikel von chinesischen Verfassern.Darin widerspiegelt sich, wie das chinesische Volk seine Probleme löst.Darin zeigt sich auch, wie das Volk tatsächlich die Macht ausübt und die Losung Mao Tsetungs befolgt wird: "Alles für das Volk"! ●

Ein Leserbrief zum Thema „Quatschbude"



In Österreich dasselbe wie anderswo: Ein Scheinparlament mit drei Gruppierungen, von denen jede genau den gleichen Zweck erfüllt wie die beiden anderen. SPÖ, ÖVP oder FPÖ ergeben für das Proletariat und die anderen unterdrückten Schichten keinen Unterschied. Auch bei diesen Parteien die maßgebliche Gleichheit,welche nur für die Interessen der herrschenden Klasse von Wert ist.

Scheindebattenredner haben es sicher nicht leicht,wenn keine Unterscheidungsmerkmale bestehen. Die kürzliche Nationalratssitzung,welche sich mit der EWG befaßte, mag als neuester Beweis für diese Behauptung gelten. Ist ein effektiver Debattenstoff nicht vorfindbar, muß man zu allerlei Hilfskonstruktionen Zuflucht nehmen, eben irgendetwas an den Haaren herbeiziehen. Die entsprechenden Bemühungen des Obmanns der "oppositionellen" ÖVP bilden ein diesbezügliches Paradebeispiel.

So versuchte (!) Schleinzer sich darüber zu erregen, daß der Bundeskanzler bei bestimmter Gelegenheit das Parlament abgewertet habe und schlußfolgerte, wenn dies geschehe, "ist es bis zur Quatschbude nicht weit!" Die genauen Zusammenhänge erscheinen an dieser Stelle nicht wichtig, doch eine kurze Kommentierung sei ganz allgemein erlaubt.So sehr uns das genannte Zitat ein gewisses Vergnügen bereitet haben mag, hat der Redner eben doch nicht die Wahrheit gesagt,zumindest daran vorbeigeredet. Hätte er die Wahrheit gesagt, was natürlich reine Illusion ist, dann hätte er zugegeben,daß der Nationalrat längst eine Quatschbude ist und es nicht mehr zu werden braucht. Daß die schwer für das Kapital arbeitenden Menschen Österreichs ihre berechtigten Forderungen keineswegs in Form von noch so geistvollen Reden erfüllt bekommen, dürfte wohl kaum ernsthaft zu leugnen sein. Dazu bedarf es anderer Mittel und Methoden.Und wenn diese früher oder später zur Anwendung kommen, dann wird das revolutionäre Proletariat vieles benötigen, aber ganz gewiß keine Quatschbude.

H.F., Ob.-Österr.

Wem gehört die Welt?



Partnerschaft und Konkurrenz — der beiden Supermächte



Während und nach dem Besuch Nixons in Moskau posaunten die Meinungsmanipulanten in alle Welt: Trotz aller Differenzen zwischen den beiden Supermächten USA und Rußland orientieren sie sich nicht nur auf "friedliche Koexistenz", sondern sogar auf Zusammenarbeit. Nachdem nun - wie die Meinungsmacher den Völkern einreden wollen - das Schicksal der Welt in den Händen der beiden Großen liege, wäre das ein wichtiger Schritt zum Frieden und zur Sicherheit, vor allem zur Sicherheit Europas. Es sei nun nur mehr eine Frage der Zeit, bis die seit langem angekündigte Sicherheitskonferenz stattfinden würde, auf der "alles" beschlossen würde.

Was ist das "Alles"? Das "Alles" sollen oder werden Dokumente sein, voll hohltönenden Phrasen über Entspannung und Frieden, die aber nur den wahren Inhalt verdecken sollen. Der wahre Inhalt soll die Verewigung bzw. Zementierung der Herrschaft der beiden imperialistischen Supermächte über Europa sein. Die Moskauer Sozialimperialisten sollen weiter unumschränkt über die osteuropäischen Länder herrschen können und dafür die USA-Imperialisten die westeuropäischen Länder fester in den Griff bekommen.

Für die "Anerkennung" der DDR, d.h. der politische Unterwerfung durch Moskau, wird das auf dem Boden der DDR liegende Westberlin endgültig an die westdeutschen Monopolkapitalisten und Militaristen ausgeliefert, erhält das deutsche Kapital grünes Licht für die wirtschaftliche Durchdringung der DDR, Polens und der anderen osteuropäischen Länder sowie vorteilhafte Verträge mit Rußland selbst. Das Resultat also: Die DDR, Westberlin und die gesamtdeutsche Arbeiterklasse verkauft und verraten und Verewigung der Herrschaft der beiden Supermächte mit Hilfe der Militärblocks NATO und Warschauer Pakt.

Die von den USA kontrollierten Länder sollen weiter die Kosten des Vietnam-Krieges und des Konkurrenzkampfes gegen Partner und Rivalen Rußland mittragen und die von den Sozialimperialisten beherrschten Länder die Kosten des Konkurrenzkampfes gegen Partner und Rivalen USA und der Kriegsrüstung gegen China.

Der Name dafür: "Entspannung".

Und was soll "Sicherheit" bringen? Der "Erfolg" dieser Konferenz kann nur darin bestehen, daß die beiden Supermächte den gegenwärtigen - den Interessen der Völker Europas entgegengesetzten - Zustand einzementieren. Das würde bedeuten, daß die von den beiden imperialistischen Supermächten gegängelten Länder durch deren Rüstungswettlauf in die krisenhafte Entwicklung der USA und Rußlands immer mehr hineingezogen werden. Wobei auf ihre Kosten die Machthaber in den USA und Rußland sich Einfluß und Profit sichern wollen. Aber die Zeit ist vorbei, in der die imperialistischen Supermächte diktieren konnten und ihren Befehlen widerspruchslos gehorcht wurde. Die wirtschaftlichen Spannungen und die politischen Gegensätze steigen immer mehr. Sowohl die Widersprüche zwischen den kapitalistisch-imperialistischen Ländern des "freien Westens" verschärfen sich als auch die zwischen den Sozialimperialisten in Moskau und den von ihnen beherrschten ehemals sozialistischen Ländern. Die Versuchung der einen oder anderen Supermacht, diese Situation durch einen militärischen Schlag zu "sanieren", wird daher nicht kleiner, sondern größer. Der "Erfolg" ähnlicher Sicherheitspakte der Vergangenheit spricht eine mehr als beredte Sprache.

Wenn daher die diversen Meinungsmanipulanten den Massen einzureden versuchen, "Sicherheit und Frieden wären wert, daß man wenigstens teilweise auf Selbständigkeit verzichtet", so ist gerade das Gegenteil wahr.

Die Völker und Nationen Europas dürfen sich von den beiden Supermächten nicht länger gängeln und diktieren lassen. Wenn sie der von ihnen empfohlenen "Sicherheit" auf den Leim gehen, können sie eines Tages als Opfer und Kanonenfutter eines imperialistischen Krieges aufwachen. Das gilt natürlich auch für das "neutrale" Österreich, dessen herrschende Klasse ja das Kunststück zusammenbringt, die Stiefel der beiden Supermächte mit Inbrunst zu küssen. Bundeskanzler Kreisky hat ja erst kürzlich in einem Interview erklärt, daß die EWG keineswegs eine eigenständige Politik betreiben dürfe, womit er den Machthabern in den USA und Rußland aus der Seele gesprochen hat.

Es ist daher die Aufgabe aller Revolutionäre und derjenigen Kräfte, die den Frieden erhalten wollen, gegen diese "Sicherheitsmachenschaften" der Supermächte den Kampf aufzunehmen und zu gleicher Zeit alle Bestrebungen, gegen die Herrschaft der Supermächte zu rebellieren, zu unterstützen. Wer immer sie unternimmt.
Der entschlossene Kampf gegen die österreichische Kapitalistenklasse, die sich noch immer voll und ganz dem Diktat der Supermächte unterwirft, und der Kampf gegen ihren Macht- und Meinungsapparat (Regierung, Parteien, Gewerkschaftsbonzen, ORF usw.) ist daher ein notwendiger Teil des Kampfes gegen imperialistische Oberherrschaft und für wirkliche Sicherheit und Frieden.

Die Parlaments- und Fernsehköche servieren:

Demokratie auf bürgerliche Art

Es ist eine nützliche Erfahrung, die wir - wenn wir die Dinge sehen wollen, wie sie sind - in diesen Sommertagen wieder einmal mit unserer "Demokratie" machen konnten, und zwar gleich dreimal: Die Parlamentarier, die Parteien und die Presse haben sich wiederum vor aller Augen als Werkzeuge der uneingeschränkten Kapitalsdiktatur entlarvt.

1. „Abbau der Privilegien“

Wie haben sie sich das Maul zerrissen, als sie - von den sogenannten "unabhängigen" Blättern bis zur "Volksstimme" - jahrelang demagogisch nach Aufhebung der Steuerfreiheit für die Abgeordneten- und Ministergehälter schrien! Und wie zerreißen sie es sich wieder, weil jetzt - wie ja nicht anders zu erwarten war - der von Kreisky vor den Wahlen versprochene "Abbau der Politikerprivilegien" faktisch als eine saftige Erhöhung der Nettobezüge aller Mandatare durchgeführt würde! Doch wie verlogen war damals und ist heute ihr Geschrei! Dieser famose "Abbau" wurde von allen Parlamentsfraktionen in restloser Vollzähligkeit - einschließlich des einen, der sich dabei öffentlich "geschämt" hat - in trauter Einheit beschlossen. Wobei die "K"PÖ bis 1959 die Privilegien widerspruchslos mitgenossen hat und, sollte sie am Ende ihr strategisches Hauptziel ("Kommunisten ins Parlament") irgendwann doch erreichen, ebenso gerne an der Einkommenssteigerung der Abgeordneten mitprofitieren wird.

Nun, wir revolutionären Arbeiter halten die zur Schau getragene Aufregung der diversen Zeitungen über diesen Beschluß für reine Demagogie, d.h. für glatten Volksbetrug. Denn durch diesen ganzen Lärm sollen bloß die politischen Repräsentanten des Ausbeutersystems als Prügelknaben herhalten, damit vom Wesen dieses Systems abgelenkt werden kann. Und sein Wesen ist doch die Bereicherung der privat- und staatskapitalistischen Unternehmer durch Ausbeutung der arbeitenden Menschen. Die parlamentarische Fassade dient nur zur Verschleierung dieses grundlegenden Tatbestandes. Man soll also - nach dem Willen der herrschenden Klasse und ihrer Meinungsmacher - nur ruhig die Parlamentarier und Regierungsmitglieder gleichsam als "Watschenmänner" behandeln, um den berechtigten Unmut über ökonomische Ausbeutung und soziale Unterdrückung "abzuragieren". Denn dafür werden schließlich die Politiker bezahlt! So denken die Kapitalisten.

Die Politiker der Bourgeoisie aber meinen - und wir glauben, daß sie von ihrem Stand-

punkt nicht unrecht haben - , daß sie finanziell nicht schlechter dran sein sollten als die Manager des privaten und staatlichen Monopolkapitals. Fürwahr: Warum sollen Abgeordnete (oder gar Minister), die ja die allgemeinen Interessen der ganzen Kapitalistenklasse wahrnehmen, weniger einstecken als irgendwelche Generaldirektoren, die als Interessenvertreter einzelner Firmen der Kapitalisten oder als Vertreter einer besonderen Interessenssphäre der Gesamtbourgeoisie ein Millioneneinkommen haben? Wir sind der Meinung, daß es keine gemeineren und gefährlicheren Heuchler gibt als die revisionistischen Arbeiterverräter, die mit ihrer "Polemik" gegen die Politikerprivilegien nur bezwecken, die bürgerliche Schwindeldemokratie herauszuputzen. Sie reden den arbeitenden Menschen ein, daß (im heutigen Österreich, wohlgemerkt!)"ein Minister, Abgeordneter oder sonst ein öffentlicher Mandatar von Haus aus keineswegs etwa ein "politischer Geschäftemacher" wäre (obwohl es leider "mehr als genug von dieser Sorte" gäbe), sondern im Prinzip "die Interessen des Volkes ehrlich und wirksam vertreten" würde. ("Volksstimme", 26. September 1970)

Die klassenbewußten Arbeiter können es nur begrüßen, wenn öffentlich und offiziell durch die neue Gehaltsregelung für Politiker bescheinigt wird, daß letztere ebenso wie Sektionschefs etc. nur bezahlte Beamte der herrschenden Klasse sind, die - gleichgültig, auf welcher Parteiliste sie gewählt wurden - eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen haben,nämlich: dem Volk eine "Demokratie" vorzuspiegeln.

2. „Demokratisierung"

Zur selben Zeit, da der neue Volksbetrug mit dem "Abbau der Politikerprivilegien" und der gleichzeitigen "Empörung" diverser Zeitungen über die Vorgangsweise dieses "Abbaus" über die Bühne ging, wurde wieder einmal eine Welle journalistischer "Kritik" gegen die ÖVP hochgepeitscht.

Schulmeister (in der "Presse" vom 1.Juli) warf ihr mangelnde Tatkraft und "Defätismus" vor, und sogar ihr Parteiblatt "Südost Tagespost" beklagte es (am selben Tag), daß sich die VP "noch immer nicht recht" an die Oppositionsrolle gewöhnen konnte.

Sind aber an der bisherigen Erfolgslosigkeit der "großen Oppositionspartei" tatsächlich solche subjektiven Ursachen schuld wie "Strukturverkalkung" der Funktionärsschicht (so "Die Presse") oder fehlender "Mut zu neuen Ideen und zu fester Haltung" (so das Grazer Blatt)? Wir haben schon vor viereinhalb Jahren - anlässlich der Umbildung der Regierung Klaus - die inneren Widersprüche der ÖVP analysiert und als für deren Krise verantwortlich bezeichnet; und wir haben damals (als die Arbeiterverräter jeglicher Färbung die Massen vor einer angeblichen "Gefährlichkeit" des "eisernen Hermann" zittern machen wollten)die zunehmende Vertiefung und Verschärfung dieser Krise richtig vorhergesagt. Denn wir gingen und gehen von den objektiven Gegebenheiten und Gesetzmäßigkeiten aus. (Vgl. "Der Kommunist",Nr. 12,Februar 1968)

Es geht hier natürlich nicht etwa darum, die "arme" ÖVP (die vom SPÖ-Ideologen Czernetz in der "Zukunft" totgesagt wurde) gegen in Wahrheit sehr wohlgemeinte Presseangriffe"in Schutz zu nehmen"; es gilt vielmehr aufzuzeigen,warum solche "Angriffe" unternommen werden. Es handelt sich da nämlich um den grundlegenden Schwindel der "parlamentarischen Demokratie", der zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft unbedingt notwendig ist, will man nicht zum letzten Mittel Zuflucht nehmen - zur nackten faschistischen Gewaltherrschaft. (Freilich, auch dieses Zufluchtsmittel, wie unzuverlässig und kurzlebig es auch sei,wird von der Bourgeoisie stets parat und den Massen drohend vor Augen gehalten. Auch in dem hier zitierten "Presse"-Artikel - der bezeichnenderweise "Warten auf den großen Trommler"? betitelt ist, wobei jedermann weiß,daß einst Hitler so genannt wurde! - erschallt wieder einmal der Ruf nach einem "starken Mann", dem hier Bayerns Franz Josef Strauß Modell steht.)

Nun, wir haben schon wiederholt festgestellt, daß sich als relativ stabilste Regierungsform der bürgerlichen "Demokratie" das Zweiparteiensystem herausgebildet hat. Auch die österreichische Bourgeoisie erstrebt dieses System, das sich in den angelsächsischen Ländern seit weit mehr als hundert Jahren "bewährt" hat (für die herrschende Klasse, versteht sich!), in Westdeutschland schon Wurzel faßt und jetzt, nach dem SP-"K"P-Pakt, auch in Frankreich eingebürgert werden soll. Eben dieses, dem Volksbetrug dienende "Wechselspiel Regierungsopposition"nennt das steirische VP-Organ in dem erwähnten Leitartikel "lebendige Demokratie". Und Schulmeister bezeichnet diesen Monsterbetrug an der Bevölkerung als "demokratische Mobilmachung", wenn er an der zitierten Stelle offen die Befürchtung ausspricht,daß "sich die Hunderttausenden landauf, landab nach anderen Heilmitteln umsehen" (d.h. revolutionieren - D.Red.) würden, falls die ÖVP nicht eine flottere Gangart einschlägt. Solcherart Peitschenhiebe haben denn auch zum Ausgang der Parlamentssession den müden Gaul ein wenig in Trab gebracht...

3. „Kein Meinungsmonopol!"

Die größte Verhöhnung der Volksmassen in diesem "Demokratie"spiel ist aber doch das, was man rings um den Verkauf des "Kurier" trieb!

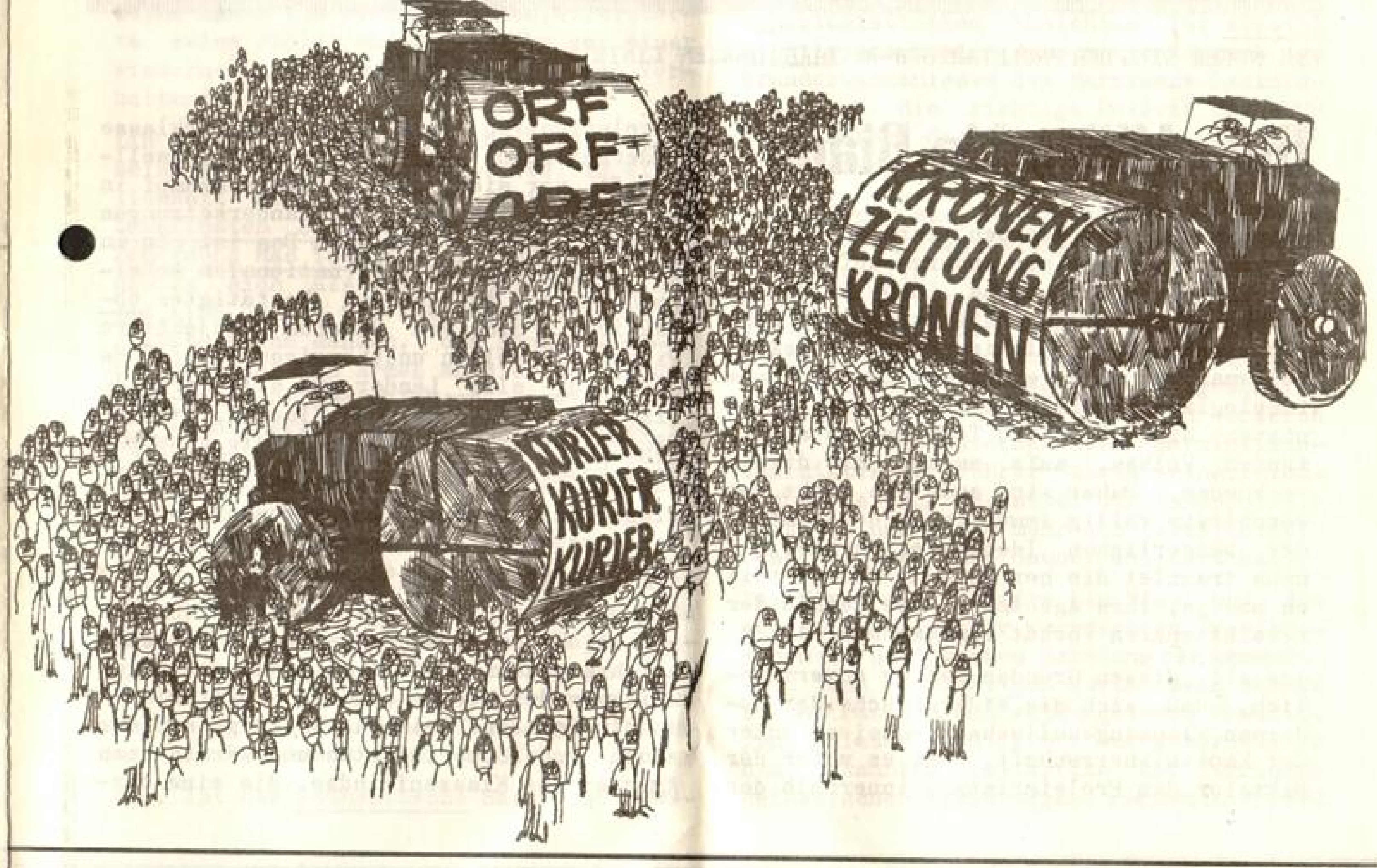
Das Zentralorgan der VRA hatte schon seinerzeit auf die volksbetrügerischen Machenschaften im österreichischen Pressedschungel hingewiesen. (Siehe "Für die Volksmacht" Nr. 46, Dezember 1970) Die jüngsten Ereignisse bekräftigen unsere damalige Analyse.

Der Großindustrielle Polsterer wollte sein Medien-Hobby abstoßen, obwohl es ihm ein ganz nettes Nebeneinkommen gebracht hat (Pressemeldungen zufolge beträgt der Reingewinn des "Kurier" im Jahr 4o Millionen Schilling, das ist der Nettoverdienst von etwa 1.ooo Arbeitern!). Wohl sein gutes Recht in der Gesellschaft des Privateigentums. Dennoch gab es große Aufregung, als verlautete, daß der BAWAG-finanzgepolsterte "Kronenzeitung"-Falk das Polsterer-Erbe antreten wollte.

"9o Prozent der Presse wären dann in einer Hand", wehklagten die "Schwarzen", die ihr an Schwindsucht eingegangenes "Volksblatt" betrauern und zugleich die geheime Absicht der "Roten",dem VP-beherrschten ORF Paroli zu bieten, durchkreuzen wollten. Doch alle jene, die damals aufgeregt "Kein Meinungsmonopol!" schrien, setzten hernach alles daran, um durch den auf klerikaler Finanzbasis wohlfundiert sitzenden "Styria"-Verlag und anonyme Industriellengruppen wieder ein Stück "unabhängiger" Massenmedien in die Klauen zu bekommen. Darob natürlich "sittliche" Entrüstung im Lager der Konkurrenz.

Den klassenbewußten Arbeitern kann es fürwahr Wurst sein, welche Partei der Ausbeuterklasse in einem solchen Gerangel die Oberhand behält. Uns genügt, dieses Tauziehen um den "Kurier" als Schulbeispiel der kapitalistischen Meinungsmache zu erkennen.

Auch in Österreich ekelt es schon seit langem die Massen,von ausgesprochenen Parteiblättern der herrschenden Klasse demagogisch anagitiert zu werden. Sie greifen zur "Kronenzeitung", zum "Kurier" und zu ähnlichen, angeblich "unabhängigen" Presse-



erzeugnissen oder begnügen sich mit Radio und Fernsehen, in der irrigen Meinung, auf diese Weise objektiv informiert zu werden. In den übrigen Ländern Westeuropas gibt es längst keine Tageszeitungen als Parteiorgane mehr. Nun scheint auch bei uns den direkten Propagandaorganen der politischen Knechte der Kapitalisten die Stunde geschlagen zu haben.

Deshalb weichen die "Großparteien" auf das Gleis der scheinbar unabhängigen Massenmedien aus, und deshalb bekämpfen sie sich bis aufs Messer, um in Tarnung die arbeitenden Menschen, sei es mit den herkömmlichen Mitteln der "schwarzen Magie" (so nannte der Satiriker Karl Kraus das verlogene und verlotterte Zeitungswesen der Bourgeoisie, einschließlich der "AZ"), sei es mit den modernen der TV-Berieselung, für ihre eigene Parteipolitik einfangen, zu können.

Am widerlichsten ist es, wenn in dieses heuchlerische Geheul um "Sauberkeit" und "Transparenz" (=Durchsichtigkeit) der "demokratischen" Presse die revisionistischen Renegaten einstimmen. Ihr Blättchen - das bei weitem auflagenschwächste - wird nicht nur, wie allgemein bekannt, aus Osthandelsprofiten reichlich finanziert, sondern soll darüber hinaus an den geplanten staatlichen Subventionen für defizitäre (weil von den Lesermassen boykottierte) Zeitungen beteiligt werden (Kreisky: "Auch die "Volksstimme" soll leben"), d.h. ebenso aus Steuermitteln der Werktätigen Geschenke erhalten, wie sie jetzt schon den Zeitschriften der "staatserhaltenden" Parteien unter dem Titel "Förderung der politischen Bildungsarbeit" gegeben werden!

Der Kaufpreis von einer halben Milliarde für den"Kurier" zeigt überaus anschaulich, welche gewaltigen Geldsummen nötig sind, um massenwirksam "öffentliche Meinung" zu machen. Ganz zu schweigen von den einflußreichsten Medien, dem ORF, der nur von der Kapitalistenklasse als Ganzes betrieben werden kann - natürlich auf Kosten der Gebühren und Steuern der breiten Volksmassen!

Die Interessen des Proletariats und der übrigen Werktätigen (mehr als 9o Prozent der Bevölkerung!) können aber unter unseren kapitalistischen Verhältnissen nur von den bescheidenen Zeitungen vertreten werden, die revolutionäre Arbeiter mühsam und mit großen Opfern aus eigener Kraft herstellen. Und diese Zeitungen werden überdies vom bürgerlichen Staatsapparat andauernd schikaniert, beschlagnahmt, finanziell bedrängt! So sieht hierzulande in Wahrheit die "Pressefreiheit" aus.... Es herrscht, wie man sieht, ein absolutes Meinungsmonopol der Kapitalistenklasse. ●

EIN NEUER SIEG DER PROLETARISCH-REVOLUTIONÄREN LINIE MAO TSETUNGS

Die »Affäre Lin Biao«

Die Kapitalisten können ihre Herrschaft für längere Zeit nur dadurch aufrechterhalten, daß sie - dank ihrem Bildungs- und Meinungsmonopol - die ökonomisch ausgebeuteten und politisch unterdrückten Volksmassen auch geistig knechten, ihrem ideologischen Einfluß unterwerfen. Kommunisten sind Söhne und Töchter des arbeitenden Volkes, aufs engste mit diesem verbunden. Daher sind auch sie nicht von vornherein völlig immun gegen den Einfluß der bürgerlichen Ideologie. Darüber hinaus trachtet die herrschende Klasse seit eh und je, ihre Agenten in die Reihen der revolutionären Vorhut einzuschmuggeln.

Aus all diesen Gründen ist es unvermeidlich, daß sich die Widersprüche der modernen Klassengesellschaft - sei es unter der Kapitalsherrschaft, sei es unter der Diktatur des Proletariats - innerhalb der revolutionären Partei der Arbeiterklasse widerspiegeln, daß der in der Gesellschaft vor sich gehende Klassenkampf in innerparteilichen Auseinandersetzungen seinen Ausdruck findet. Das ist ein in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung tausendfach bestätigtes objektives, d.h. von unserem subjektiven Wissen und Wollen unabhängiges Gesetz. Es gilt für alle Länder und alle Parteien bis zur Aufhebung der Klassen, bis zum Eintritt der Menschheit in die klassenlose kommunistische Gesellschaftsordnung.

Diese wissenschaftliche Grunderkenntnis ist uns Marxisten-Leninisten längst geläufig (oder sollte es sein!).

In der 50jährigen Geschichte der KP Chinas gab es, wie wir von chinesischen Genossen erfahren, zehn große Auseinandersetzungen zwischen der Vertretern der proletarisch-revolutionären Linie Mao Tsetungs auf der einen und Opportunisten und versteckten Agenten des Klassenfeindes, die eine bürgerlich-reaktionäre Linie vertraten, auf der anderen Seite. Der letzte dieser bisherigen Kämpfe wurde von der Partei gegen Lin Biao geführt und siegreich ausgefochten.

Lin Biao war im Laufe der Zeit mehrmals in einen Gegensatz zur politischen Linie der Partei geraten und wurde von Genossen Mao Tsetung wiederholt kritisiert. Er pflegte aber Zurückhaltung zu üben, bestand nach außen hin nicht auf seinen falschen Ansichten, schien die an ihm geübte Kritik zu beherzigen. Zeitweilig hat er so der Partei und dem Volk nützliche Dienste geleistet. Besonders während der Großen Proletarischen Kulterrevolution trat er als scheinbar eifriger Propagandist der Maotsetungideen in der Öffentlichkeit auf und schlich sich auf diese Weise in das Vertrauen der Volksmassen ein. So kam es,daß er auf dem IX. Parteitag der KPCH (April 1969) zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees gewählt wurde.

Doch kurze Zeit später, auf dem 2. Plenum des Zentralkomitees (August - September 1970), geriet Lin Biao abermals in Widerspruch zur Politik der Partei und versuchte dabei,gegen die proletarisch-revolutionäre Linie Mao Tsetungs zu intrigieren. Vorsitzender Mao durchschaute aber seine Ränke und Machenschaften,kritisierte seine Fehler und warnte ihn vor einer Wiederholung seines disziplinwidrigen Verhaltens.

Lin Biao erweckte den Anschein, daß er seine Fehler korrigieren wollte. In Wirklichkeit aber begann er sorgfältig einen bewaffneten Staatsstreich, ja sogar die Ermordung Mao Tsetungs vorzubereiten. Er erwies sich als ein Doppelzüngler, der das eine sagte und das andere dachte. Es gelüstete ihn danach, die ganze Macht in Partei,Staat und Armee an sich zu reißen, was, wäre es ihm gelungen, unweigerlich die Wiederherstellung des Kapitalismus in China zur Folge gehabt hätte. Doch seine hinterhältigen Absichten wurden rechtzeitig aufgedeckt und die von ihm eingefädelte Verschwörung wurde vereitelt.

Unter diesen Umständen ergriff Lin Biao die Flucht. Er wollte sich nach Rußland absetzen, wo er Sympathie und Unterstützung erwartete. Doch sein Flugzeug stürzte in der Nacht zum 13. September 1971 über der Mongolischen Volksrepublik ab, und Lin Biao fand dabei den Tod.

Das ist der authentische Sachverhalt bezüglich der näheren Umstände des "Falls Lin Biao".

Die Tatsache dieses "Falls" selbst ist ja seit Herbst v.J. allgemein bekannt. Und die konkreten Punkte, in denen Lin Biao die proletarisch-revolutionäre Linie Mao Tsetungs attackierte und ihr zuwiderhandelte, wurden in einer großen Anzahl von Artikeln der chinesischen Presse dargelegt, die uns die "Peking-Rundschau" in deutscher Sprache zugänglich machte.Dabei haben wir erstens wohl verstanden, daß mit Umschreibungen wie "Schwindler vom Schlage Liu Schao-tschis" oder "andere politische Hochstapler" (neben Liu Schao-tschi) gerade Lin Biao gemeint war; denn die KPCH hat im August 1966 ausdrücklich festgelegt, daß entlarvte Arbeiterverräter und Agenten der Bourgeoisie erst nach einem entsprechenden Beschluß der zuständigen Parteiinstanzen in der Presse beim Namen genannt werden dürfen. (So wurde Liu Schao-tschi offiziell viele Monate hindurch als "oberster Machthaber, der den kapitalistischen Weg beschritten hat", und als "Chinas Chruschtschow" bezeichnet, während ihn die Massen längst namentlich als Anführer der konterrevolutionären Revisionisten verurteilten.) Zweitens haben wir die in den erwähnten Artikeln geübte Kritik an den von Lin Biao vertretenen scheinbar "linken", in Wahrheit rechtsopportunistischen Ansichten für absolut richtig erachtet; denn sie entsprach den Grunderkenntnissen des Marxismus-Leninismus, und die richtige Politik der KPCH wurde durch die Praxis eindrucksvoll bekräftigt.

Um hier nur ein Beispiel anzuführen: Wir haben die außenpolitischen Schritte der Volksrepublik China wie die Einladung Nixons, das Auftreten der chinesischen Vertreter in der UNO usw. sofort als große Siege der proletarisch-revolutionären Linie Mao Tsetungs eingeschätzt (während sich gleichzeitig in unserem Land ein selbsternannter "marxistisch-leninistischer Führer" durch seine feindliche Haltung gegenüber der Außenpolitik Volks-Chinas noch mehr als revisionistischer Ignorant und Gauner entlarvt hat).

Das Wesen der "Affäre Lin Biao" und die gewaltige Rolle der verstärkten ideologischen und politischen Schulung der Kommunisten und werktätigen Volksmassen Chinas bei der raschen und reibungslosen Bewältigung dieser "Affäre" wurde bereits in dem bekannten Leitartikel der führenden chinesischen Presseorgane zum Neujahr 1972

Es gibt keine Landstraße für die Wissenschaft, und nur diejenigen haben Aussicht, ihre lichten Höhen zu erreichen, die die Mühe nicht scheuen, ihre steilen Pfade zu erklimmen.

Karl Marx

aufgezeigt. ("Schließen wir uns zusammen, um noch größere Siege zu erringen", "Peking Rundschau" Nr. 1/1972, erschienen auch als Broschüre des Pekinger "Verlags für fremdsprachige Literatur". Wir empfehlen unseren Lesern aufs wärmste, dieses Dokument zu studieren, das auch durch uns bezogen werden kann.)

Darin heißt es unter anderen:
"Allmählich ist es die allgemeine Praxis der breiten Massen der Funktionäre und Parteimitglieder, insbesondere der hohen Parteifunktionäre, geworden, gewissenhaft die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin, die Schriften des Vorsitzenden Mao zu studieren. Dadurch haben sie ihre Fähigkeit erhöht, zwischen echtem und falschem Marxismus zu unterscheiden, und weitergehend die Hochstapler vom Schlage Liu Schao-tschis entlarvt und kritisiert, die mit dem Ausland kollaborierten und verschwörerisch die Linie und Politik der Partei und die sozialistische Gesellschaftsordnung zu verändern suchten. Die ganze Partei, die ganze Armee und das ganze Volk haben sich noch enger um das Zentralkomitee der Partei mit Vorsitzendem Mao an der Spitze geschart. Das ist von tiefgreifender und weitreichender Bedeutung für die Festigung der Diktatur des Proletariats und für die Verhütung einer kapitalistischen Restauration in China, das bedeutet einen überaus schweren Schlag gegen den Sozialimperialismus, den Imperialismus, den Revisionismus und die Reaktion in der ganzen Welt. Das ist ein großer Sieg des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen, ein großer Sieg der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao."

Dieser Sieg ist auch ein Sieg für die revolutionären Volksmassen und die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt. Denn erstens bedeutet er eine gewaltige Stärkung Volks-Chinas, des mächtigen Bollwerks der Weltrevolution. Zweitens lernen wir daraus, wie notwendig und dringend es auch für uns ist, die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus – in engster Verbindung mit der praktischen revolutionären Aufklärungstätigkeit unter den Massen – systematisch und gründlich zu studieren, damit wir die uns von der Geschichte gestellten überaus schwierigen Aufgaben erfüllen können. ●

Offensive in Kambodscha

Während ihrer Offensive im Juni haben die kambodschanischen Befreiungsstreitkräfte 7.200 Mann der Phnom Penh und Saigoner Marionettentruppen vernichtet oder gefangengenommen. Darunter befanden sich 25 hohe Offiziere und zwei Generale.

In militärischen Einheiten ausgedrückt wurden 18 Bataillone, 13 Kompanien und eine motorisierte Schwadron vernichtet. 65 feindliche Stützpunkte wurden gesprengt oder besetzt, sieben Munitionslager zerstört und große Mengen an Waffen und Munition erbeutet. Während dieser Offensive wurden den befreiten Gebieten neue hinzugefügt mit mehr als 70.000 Einwohnern. ●

US-Stützpunkt in Australien

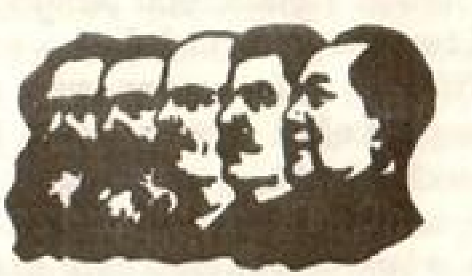
"Vainguard", das Organ der KP Australiens (ML) warnte davor, daß Australien in eine Militärbasis der amerikanischen Aggressoren umgewandelt wird. So soll in einem entlegenen Gebiet Westaustraliens ein riesiger Militärstützpunkt von über 2.500 km² errichtet werden. Das Land wurde bereits von Militärs begutachtet und von der Regierung in Besitz genommen. Wie die Zeitung weiter schreibt, ist die Wahl Westaustraliens für diesen Stützpunkt kein Zufall, da dieser australische Bundesstaat sich schon fest unter der Kontrolle der Amerikaner befindet, die dort eng mit den japanischen Militaristen kooperieren.

Das Beispiel Westaustraliens stellt eine ernste Warnung für ganz Australien dar. Auf einem Stützpunkt dieser Größe könnten starke Truppenkontigente stationiert werden. Da diese Basis zu entlegen sei, werde man kaum erfahren, wieviele Truppen sie beherbergt.

Von diesem Gebiet könnten aber innerhalb weniger Stunden Truppen nach allen Teilen Australiens eingeflogen werden. ●

An alle Genossen, Leser und Freunde!

"Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben", lehrt Lenin. Die praktischen Erfahrungen der werktätigen Massen und ihrer kommunistischen Vorhut bestätigen immer wieder die Richtigkeit dieser marxistischen Erkenntnis.



In den letzten zwei Jahren hat sich in der Volksrepublik China eine machtvolle Massenbewegung zur Verwirklichung der Weisungen Mao Tsetungs: "Gewissenhaft Bücher studieren und sich den Marxismus aneignen" sowie "Die ideologische Erziehung und die Schulung hinsichtlich der politischen Linie vorantreiben" entfaltet. Das Zentralkomitee der KP Chinas hat zu diesem Zweck sechs Werke von Marx, Engels und Lenin sowie fünf grundlegende Schriften des Genossen Mao Tsetung zum gründlichen Studium empfohlen. Die VRA ist der festen Überzeugung, daß auch ihre Mitglieder und Sympathisierenden in gleicher Weise die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus studieren müssen.

Wir geben nachstehend diese Werke an, die durch uns sofort bezogen werden können.

1. Marx-Engels, "Manifest der Kommunistischen Partei"
2. Friedrich Engels, "Anti-Düring"
3. Karl Marx, "Der Bürgerkrieg in Frankreich"
4. Karl Marx, "Kritik des Gothaer Programms"
5. W.I. Lenin, "Staat und Revolution"
6. Mao Tsetung, "Über die Praxis"
7. Mao Tsetung, "Über den Widerspruch"
8. Mao Tsetung, " Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk"
9. Mao Tsetung, "Rede auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit"
10. Mao Tsetung, "Woher kommen die richtigen Ideen im Menschen"

Wir möchten dazu bemerken, daß die unter den Nummern 6 und 7 angeführten Schriften in Mao Tsetungs "Ausgewählten Werken" Bd.I sowie im Sammelband "Vier philosophische Monographien Mao Tsetungs" enthalten sind. In diesem Sammelband sind auch die unter Nr. 8 und 10 angegebenen Schriften zu finden. Alle angeführten Werke sind als Einzelausgaben auch erhältlich.

Bestellungen an:
1205 Wien, Postfach 3,
oder 6923 Lauterach, Postfach 66

Kampfbereitschaft führt zum Sieg

Ein lehrreiches Beispiel der Holzarbeiter

In Wien haben rund 900 Arbeiter in holzverarbeitenden Betrieben einen Streik durchgeführt. Sie waren mit dem Ergebnis der Lohnpackelei zwischen Unternehmern und Gewerkschaft - rund acht Prozent Erhöhung - nicht zufrieden. Nicht deshalb, weil sie etwa unbescheiden sind, sondern weil sie verglichen haben, was Preiserhöhungen ihnen vom Reallohn wegnehmen und was der Unternehmer außerdem an ihrer Arbeit verdient, durch Rationalisierung und Antreiberei. Aus der Erkenntnis daraus war für sie nicht maßgebend, was da immer von "Sozialpartnerschaft" und der Wirtschaft, "die uns alle ernährt und daher florieren muß", geredet wird - dieser Betrug war durchschaut. Nach etwa zwei Wochen hatten sie sich eine zusätzliche Lohnerhöhung von 4,5 Prozent sowie sozialrechtliche Fortschritte erkämpft.

In unserem Flugblatt am 1. Mai haben wir festgestellt, daß den arbeitenden Menschen nur eines übrig bleibt, wenn sie in dieser Zeit der ständigen Preiserhöhungen wenigstens ihre gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Lage aufrechterhalten wollen, ohne ihre Gesundheit und ihr Familienleben noch mehr zu ruinieren: "Der beharrliche Kampf in den Betrieben für echte Lohnerhöhungen nach dem Willen der Kollegen selbst, im Vertrauen auf ihre machtvolle Kraft, ohne Rücksicht auf SP-Packler, "K"P-Bremser und sonstige Beschwichtiger!" Und gerade das haben diese 900 Holzarbeiter getan und waren damit erfolgreich.

Dieser Streik hatte bemerkenswerte Begleitumstände. Zuerst einmal wurde von Unternehmern und Gewerkschaft alles darangesetzt, ihn sozusagen "unter Ausschluß der Öffentlichkeit" abrollen zu lassen. Warum, liegt auf der Hand. Solche Beispiele dürfen nicht Schule machen - auch in anderen Betrieben ist ja die Empörung über die Lohnpackelei der Gewerkschaften groß - und außerdem sollte jede Solidarität mit den Streikenden verhindert werden.

Von Unternehmerseite war von Haus aus auf "harten Kurs" geschaltet worden. Die Gewerkschaft wurde aufgefordert, für "Lohndisziplin" zu sorgen, weil ja sonst alle "Absprachen" ad absurdum geführt würden.



Prompt meldeten sich auch Funktionäre der Bau- und Holzarbeiter-Gewerkschaft zu Wort und zeigten sich sehr "verärgert" über den Kampf der Arbeiter. Man ließ durchblicken, daß mit einer Unterstützung der Gewerkschaft nicht zu rechnen sei. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter war aber nicht zu erschüttern und so wurde "umgesteckt". Die Firmenleitungen zeigten sich verhandlungsbereit - es gab von Unternehmerseite sogar "Zustimmungserklärungen" zum Kampf der Arbeiter - und Gewerkschaftsboss Benya redete höchstpersönlich von "betrieblichen Forderungen", die für die Gewerkschaft "außerhalb ihres Vereinbarungsrahmens" mit den Unternehmern lägen, wo man gar nichts dagegen hätte. (Nach erfolgreicher Beendigung des Streiks mußte sich die Gewerkschaft auch zur Zahlung von Streikunterstützung bequemen.)

Diese Taktik ist der Versuch, gegenüber dem steigenden Unwillen der arbeitenden Bevölkerung die Betrugsatmosphäre des "sozialen Friedens", der "Sozialpartnerschaft" aufrechtzuerhalten. Darum wurde aus dieser allgemeingültigen Situation, die zum Kampf der Holzarbeiter führte, eine "Bagatelle" am Rande einer an und für sich "richtigen, großen Politik" gemacht, die man durchaus bereit war, "zu bereinigen". Aber auch daraus spricht nur die Angst, daß die arbeitenden Menschen das Betrugsspiel durchschauen, zu eigenen Kampfentschlüssen kommen und so dem Griff der Machthaber entgleiten. Daß diese Machthaber nicht nur die alten Privatkapitalisten sind, sondern in immer größerer Zahl als bürokratische Kapitalisten aus den Reihen der SP-Führungshierarchie kommen, ist eine Erkenntnis, die sich ebenfalls immer mehr durchsetzt. Wir Marxisten-Leninisten betrachten daher den Kampf der Holzarbeiter als ein zwar kleines, aber wichtiges Lehrbeispiel für die gesamte österreichische Arbeiterschaft. Gemessen an Beispielen anderer Länder mag es gering erscheinen, im Endeffekt ist es gleich. Jedes Beginnen ist anfänglich klein.

Warum betrachten wir diesen Streik nicht als nur "ökonomisch", sondern mit viel politischem Hintergrund? Wie anders als im Kampf um ihre Interessen sollen die arbeitenden Menschen die Notwendigkeit der Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erkennen? Sind diese 900 Holzarbeiter nicht um viele Erfahrungen reicher geworden? Sie haben sich doch z.B. auch mit der Schmäh-Walze auseinandergesetzt, wonach Lohnerhöhungen die "Schuld" an Preiserhöhungen haben. Für sie hatte sie aber keine Wirksamkeit mehr. Und wie wird die revolutionäre Situation heranreifen, in der die Herrschenden nicht mehr so herrschen können, wie sie wollen und die arbeitenden Menschen nicht mehr so leben wollen, wie sie nach dem Willen der Machthaber sollen, in der die Frage des gesellschaftlichen Systems aufgerollt und entschieden wird? Doch nur durch die verschärften Klassenauseinandersetzungen, zu denen auch der Kampf um den "Lohngroschen" gehört.

Es ist daher die Aufgabe wahrer Marxisten-Leninisten, diese betrieblichen Kämpfe richtig als Meilensteine auf dem Weg zur endgültigen Auseinandersetzung um die Macht im Staat zu erkennen. Sie müssen sich - wenn außenstehend - an ihnen helfend beteiligen, sie aber zu einer grundlegenden Aufgabe überhaupt machen, dort, wo sie verankert sind. In den betrieblichen Kämpfen haben wir die Basis, die allgemeingültige Wahrheit des wissenschaftlichen Sozialismus ins Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung zu verpflanzen. Wer da glaubt, wir brauchen das nicht, sondern zuerst einen "revolutionären Messias", dem dann die Massen gläubig nachlaufen werden, ist bestenfalls ein Romantiker, tatsächlich steht er weitab vom Marxismus-Leninismus, objektiv auf der Seite des Klassenfeinds.

Das "Wunderland des sozialen Friedens Österreich", mit einer Arbeiterklasse, die sich alles gefallen läßt, gibt es nicht. Zugegeben, die Machthaber in Österreich sind Künstler bei der Beherrschung des Volkes durch Betrug und Demagogie, vor allem was die SP-Führer betrifft. Die Wirklichkeit der Klassengegensätze wird aber auch in Österreich das wahre Gesicht des gesellschaftlichen Systems entlarven. Daran müssen wir arbeiten und uns darauf einstellen. ●



Ein Leserbrief . . .

über die wohl allerärmsten in unserem sogenannten Wohlfahrtsstaat. Es sind dies die Pensionisten der land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherung. Von den rund 99.000 Beziehern solcher Pensionen sind zwei Drittel davon Empfänger von Ausgleichszulagen. Das heißt, ihr Bezug ist monatlich S 1641.- plus S 30.- Wohnungsbeihilfe. Davon müssen diese Leute, die ihr Leben lang schwerste Arbeit verrichten mußten, leben. Was das bedeutet, kann man sich nur vorstellen, wenn von diesem Betrag die Kosten für das abgezogen werden, was man außer Essen sonst noch zum Leben braucht: Strom, Gas, Miete, Kleider oder manchmal Medikamente, die von der Krankenkasse nicht bewilligt werden.

Warum zahlt der "Wohlfahrtsstaat" auf der "Insel der Glücklichen" (wie Papst Paul Österreich bezeichnet) Pensionen, die zum anständigen Leben auch im Alter zuwenig und zum Sterben doch noch zu viel sind? Offenbar ist das ein Akt der "Imagepflege", bei dem man genau kalkuliert hat, wieviel ein Mensch braucht, um nicht sofort zu krepieren, wenn er nicht mehr arbeiten kann. Also wohlausgewogene Werbespesen, um lautstark "soziale" und "sozialistische" Phrasen dreschen zu können.

Wenn ein Landarbeiter um so eine Hungerpension ansucht, kam - und kommt es immer noch vor - daß er ein Jahr oder länger warten muß, bis sie überhaupt erledigt wird. Da erhebt sich dann die Frage, ob das dann tatsächlich zum Sterben noch zuviel ist.

A. R., Wien

Eine wahre Volksarmee

Am 1. August jährte sich zum 45. Mal der Tag, an dem die chinesische Rote Armee gegründet wurde, die später in "Volksbefreiungsarmee" umbenannt worden ist. Aus diesem Anlaß veröffentlichten die führenden Zeitungen Volks-Chinas einen gemeinsamen Leitartikel "Die glorreiche Tradition weiterführen!", in welchen es u.a. heißt:

"Seit der zweiten Plenartagung des IX. Zentralkomitees der Partei hat die Volksbefreiungsarmee unter der herzlichen Teilnahme des Vorsitzenden Mao die Erziehungsarbeit hinsichtlich der Ideologie und der politischen Linie vorangetrieben und dabei bemerkenswerte Resultate erzielt. Bewaffnet mit den drei grundlegenden Prinzipien des Vorsitzenden Mao: "marxistisch vorgehen und nicht revisionistisch; sich zusammenschließen und keine Spaltertätigkeit betreiben; offen und aufrichtig sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen", kritisierten die Kommandeure und Kämpfer Liu Schao-tschi und andere Schwindler tiefschürfend. Das hat das politische Bewußtsein der Volksarmee gehoben. Das ernsthafte Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und des Vorsitzenden Mao ist unter den Kadern und Kämpfern zu einer allgemeinen Gewohnheit geworden. Die Beziehungen sowohl zwischen Offizieren und Mannschaften als auch zwischen Armeeangehörigen und Zivilisten sind herzlicher geworden. Eine Massenkampagne für das militärische Training gewinnt an Kraft. Unsere Truppen wurden politisch und militärisch gestärkt. Indem sie sich noch enger um das von Vorsitzenden Mao geführte Zentralkomitee der Partei schart, schreitet die ganze Armee mit Kraft und Mut voran.

Die 45jährige Geschichte zeigt, daß die chinesische Volksbefreiungsarmee treu zu Partei und Volk steht und eine glorreiche revolutionäre Tradition hat. Wir furchterregend der Feind auch sein mag, er kann diese Armee niemals überwinden, sondern wird von ihr bezwungen werden. Jeder Karrierist oder Konspirateur, der diese Armee unterminieren will, träumt mit offenen Augen...

... Die von Vorsitzenden Mao verfaßte Resolution für die Gutien-Konferenz (siehe Mao Tsetung, "Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei", Dezember 1929 - d.Red.) ermöglichte es unserer Armee, sich ganz auf das Fundament des Marxismus-Leninismus aufzubauen, zu einer wahren Volksarmee unter der absoluten Führung der Partei und zu einem Instrument für die Durchsetzung des Programms und der Linie der Partei zu werden."

Am 31. Juli gab das chinesische Verteidigungsministerium einen festlichen Empfang zu Ehren des Jahrestags der Gründung der Volksbefreiungsarmee. Der stellvertretende Vorsitzende der Militärkommission des ZK der KP Chinas, Genosse Yä Djiän-ying, hielt dabei eine Ansprache, in der er u.a. ausführte:

"Seit der Gründung der Volksrepublik China hat unsere Armee zusammen mit dem ganzen Volk ihre glorreiche Aufgabe zum Schutz unseres sozialistischen Vaterlandes erfolgreich erfüllt, die Aggression und Subversion durch den Imperialismus, den Revisionismus und die Reaktionäre vereitelt und die verbrecherischen Machenschaften der in die Partei eingeschlichenen Renegaten, feindlichen Agenten und Karrieristen durchkreuzt, die die Führung in der Partei zu usurpieren, die Macht an sich zu reißen und den Kapitalismus zu restaurieren versuchten. Sie hat damit große Beiträge für unsere sozialistische Revolution und unseren sozialistischen Aufbau geleistet. Unsere Armee, die der Prüfung langwieriger revolutionärer Kämpfe standgehalten hat, ist nun stärker und geeinter denn je zuvor.

Die gegenwärtige Weltsituation ist ausgezeichnet. Je weiter die Supermächte ihre Hände ausstrecken, desto umfangreicher und nachdrücklicher wird der Widerstand der Völker der Welt... Die Länder der Dritten Welt und die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt erzielen in ihrem Kampf gegen Hegemonie und Machtpolitik einen neuen Erfolg nach dem anderen.

Aber die Natur der Imperialisten und Sozialimperialisten wird sich niemals ändern. Sie werden niemals mit ihrem Wettrüsten und ihrem Streit um die Welthegemonie aufhören. Während sie ein Lippenbekenntnis für "Abrüstung", "Einschränkung der strategischen Waffen" und "Stärkung der internationalen Sicherheit" ablegen, intensivieren sie in Wirklichkeit ihre Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, setzen ihren Wettlauf um die nukleare Überlegenheit fort und betreiben Aggression, Subversion, Kontrolle und Intervention gegen andere Länder auch weiterhin. Der Kampf zwischen der Aggression und deren Abwehr, der Subversion und deren Vereitelung, der Kontrolle und deren Abschüttelung, der Intervention und deren Zerschlagung wird immer wieder geführt werden. Wir sind überzeugt, daß die Völker der ganzen Welt ihre Wachsamkeit erhöhen, ihre Einheit stärken und in ihrem Kampf ausharren werden; so werden sie bestimmt in der Lage sein, in ihren antiimperialistischen revolutionären Kämpfen noch größere Siege zu erringen."

Diese Dokumente sind im vollen Wortlaut in "Peking Rundschau" Nr.31/72 abgedruckt. Wir empfehlen sie allen unseren Lesern zum sorgfältigen Studium. ●

Die etablierten Parteien und der Fall Schiller

In Westdeutschland werden regelmäßig "freie, gleiche und geheime Wahlen" organisiert und aus den jeweiligen Ergebnissen setzt sich eine neue "Volksvertretung" (Volkszertretung!) zusammen. Wie bereits gehabt, verteilten sich nach dem Herbst 1969 die drei maßgebenden Bourgeoisie-Parteien CDU/CSU, SPD und FDP auf die zu vergebenden Mandate. Die beiden letzteren fanden sich zur Bildung der Regierung Brandt zusammen und CDU wie CSU wurden "vom Erbhof der Macht auf die harten Bänke der Opposition verwiesen". Nicht allzu lange, und die ja schon von Anfang an kleine Mehrheit der Koalition begann merklich zu schwinden. Mende, Starke usw. wechselten zur CDU bzw. zur CSU, Zoglmann gründete als gewissermaßen zweite NPD die "Deutsche Union" und übernahm deren Vorsitz, wobei er in engstem Verhältnis zu seinem Freund Strauß steht. Aus dem Sozialdemokraten Müller wurde schließlich der "Soziale Demokrat 1972".

"Jeder Abgeordnete ist nur seinem Gewissen verantwortlich", so heißt es im Grundgesetz der BRD. Die Marxisten-Leninisten haben diese mehr als offensichtliche Lügendarstellung unzählige Male beschrieben und entlarvt. Nicht ihr "Gewissen" verpflichtet die Mitglieder des Bonner Scheinparlamentes, sondern einzig und allein ihre Rolle als "demokratisches" Aushängeschild der brutal ausbeutenden und rücksichtslos herrschenden Bourgeoisie, gemäß dem Rahmen der hier existenten kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Den monopolkapitalistischen Machthabern des westdeutschen Teilstaates kann es gleichgültig sein, welche Mehrheitsverhältnisse im Bundestag jeweils vorzufinden sind oder ob sich diese durch einzelne Aus- oder Übertritte verändern. Wichtig ist letztlich nur die Aufrechterhaltung und Steigerung der Ausbeutung der überwiegenden Mehrheit durch eine zahlenmäßig verschwindend kleine Minderheit, und diese ist durch fadenscheinige Zurschaustellung von "Gewissensnöten" nicht im geringsten gefährdet.

Wie sehr der Betrug von "freien Wahlen" sich beweist, zeigt wohl am anschaulichsten der Fall Schiller, welcher in dieser Hinsicht wohl am frischesten im Gedächtnis haften dürfte. Nachdem dieser im Kabinett des ihm zutiefst artverwandten Kiesinger (beide hatten einst Funktionen in der NSDAP inne!) Wirtschaftsminister war, soll er 1969 angeblich die SPD zum Sieg geführt haben und behielt in der nachfolgenden Regierung Brandt das gleiche Ressort, später kam dann das Finanzministerium hinzu. Doch aus diesem und jenem Grund kam es zum Krach, ein maßlos aufgebauschter Theaterdonner rollte durch die politische Landschaft, Schiller schied aus der Regierung aus. Nun kommt im vorliegenden Zusammenhang das wirklich Interessante: Der selbe Strauß, welcher nach außen hin mit Schiller die härtesten Debatten führte, lobt diesen nun geradezu überschwenglich, hält immensest die Türen zur CDU/CSU für seinen ehemaligen "Gegner" offen. Das Präsidiumsmitglied der FDP, der parlamentarische Staatssekretär Moersch, tut haargenau das gleiche bezüglich seiner Partei. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn offeriert dem früheren Minister einen sicheren Platz auf der dortigen Landesliste der SPD.

Dies bedeutet, daß alle drei genannten Parteien um Schiller bemüht sind, weil sie eben gleichartige Gruppierungen der Bourgeoisie sind, weil Schiller mit seinen Vorstellungen nahtlos in jede dieser Parteien eingefügt werden kann. Es mag noch "wahltaktische" Rückzieher geben, aber so ist es. Und zum Schluß Schiller selbst: Erstens ist bisher nicht sicher, ob er die SPD verläßt und zweitens erklärte er, falls er aus der SPD ausscheidet, kommen beide anderen Parteien für ihn in Frage. An diesem besonderen Beispiel dürfte sich der Charakter der von der herrschenden Bourgeoisie bestellten und dirigierten Parteien noch deutlicher als sonst ablesen lassen.

F.P., Westdeutschland